


6. Landesgesundheitskonferenz Baden-Württemberg, 24.10.2018		 <small>LANDESGESUNDHEITSKONFERENZ BADEN-WÜRTTEMBERG</small>
<b>TOP 4</b>	Personalisierte Medizin – weitere Entwicklungen	

## A. Sachverhalt

Die Arbeitsgruppe Zentren Personalisierter Medizin (AG ZPM) hat die Vernetzung der in Baden-Württemberg bestehenden Ansätze seit dem Jahr 2017 inhaltlich weiter vorangebracht. Im Februar 2018 fand ein Workshop statt, um die weiteren Schritte zum Aufbau von qualitätsgesicherten Zentren zu erarbeiten. Die gemeinsame strategische und organisatorische Ausrichtung der ZPM zielt langfristig auf den Aufbau regionaler Zentren in einem gemeinsamen Netzwerkverbund, um ein qualitätsgesichertes, patientenorientiertes und nachhaltiges Versorgungsangebot in der Personalisierten Medizin im Land Baden-Württemberg sicherzustellen. Hierbei sollen die Zentren als Kompetenz- und Technologiezentren dienen, die es den Behandlern ermöglichen, Patienten durch den kontrollierten Einsatz gezielter Diagnostik eine qualitätsgesicherte Behandlung anzubieten. Darüber hinaus gibt es zwei weitere Sitzungen der Arbeitsgruppe im Jahr 2018. Im Juli 2018 hat die Arbeitsgruppe ein Eckpunktepapier zur Personalisierten Medizin zur Vorstellung des Konzepts im Landeskrankenhausausschuss erarbeitet.

Bei der Einrichtung von Zentren zur Einbindung der Personalisierten Medizin in bestehende Strukturen soll im Sinne der Qualität und Wirtschaftlichkeit eine Versorgungskette gebildet und umgesetzt werden. Vorhandene interdisziplinäre Organisationsstrukturen und etablierte Standards sollen genutzt werden, um von bereits bestehenden Versorgungsangeboten und Behandlungskompetenzen profitieren zu können. Die Leistungen der ZPM stellen ein qualitätsgesichertes Angebot dar, welches als Ergänzung zu bisherigen Strukturen zu verstehen ist und beispielsweise onkologischen Patienten, denen keine anderen Therapieoptionen mehr offen stehen, eine weitere Beratung und daraus resultierende Diagnostik- und Therapieoptionen bieten soll. Die innovative Personalisierte Medizin soll ergänzend zu der bereits sehr gut etablierten zunächst onkologischen Versorgung angeboten werden, in der der Patient bereits bisher eine wissenschaftlich fundierte Behandlung erhält, die nun um Genomik, Proteomik und weitere Aspekte ergänzt wird.

Im Rahmen der Vernetzung ergreifen die Zentren gemeinsame Maßnahmen zur Information, Aufklärung, Teilhabe von Patienten, Öffentlichkeit und Gesundheitspersonal („PM-Portal“ Baden-Württemberg). Das Zusammenführen von Gesundheitsdaten soll über eine Cloudstruktur („bwHealthCloud“) erfolgen, die Gesundheitsdaten aus allen ZPM und deren Verbundpartnern verknüpft. In engem Zusammenhang zu der Cloud steht darüber hinaus die Entwicklung der „bwHealthApp“. Erforscht werden soll, wie eine anhand von Änderungen der individuellen Biosignaldaten orientierte medizinische Versorgung Einfluss auf künftige Verbesserungen und Qualitätssteigerungen hat – im Gegensatz zu der bisherigen Steuerung, beispielsweise der Nachsorge nach reinen Zeitintervallen. Der aktuelle Sachstand der drei im Rahmen des Förderaufrufs „Digitalisierung in Medizin und Pflege“ geförderten Projekte ist in der Anlage beigefügt (6. LGK\_ Anlage zu TOP 4 Projektförderungen PM.pdf).

Damit das Angebot allen Patienten, die über die bisherigen Versorgungsangebote hinaus eine weitere Diagnostik und weitere Therapieoptionen benötigen, qualitätsgesichert verfügbar gemacht werden kann, sollen Zentren Personalisierter Medizin ausgewiesen werden. Derzeit finden hierzu Vorbereitungen statt.

## **B. Beschluss**

1. Die Landesgesundheitskonferenz bittet das Ministerium für Soziales und Integration, die Vernetzung der in Baden-Württemberg bestehenden Ansätze weiter zu begleiten sowie auf die Beteiligung der Patientinnen und Patienten zu achten und sich für diese einzusetzen. Das Ministerium für Soziales und Integration wird gebeten, bei der nächsten Landesgesundheitskonferenz erneut über den aktuellen Sachstand zu berichten.
2. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg wird gebeten zu prüfen, wie die Zentrumsbildung für Personalisierte Medizin gefördert werden kann.
3. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau wird gebeten zu prüfen, wie es die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Personalisierten Medizin begleiten und gegebenenfalls fördern kann.
4. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die private Krankenversicherung (PKV) werden gebeten, die Ausweisung von Zentren Personalisierter Medizin im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter zu begleiten.